

# Die Normalisierung zwischen Bonn und Peking\*

## I. Die Aktivierung der Außenpolitik Chinas seit 1969 und die BRD

ERIK VON GROELING †

### 1. Deutsch-chinesische Kontakte im internationalen Kräftespiel

Seit dem Abbruch der Kulturrevolution in China (1966–1969) hat die chinesische Führung nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch einen undogmatisch-pragmatischen Kurs eingeschlagen. Sie wurde in allen Teilen der Welt wieder diplomatisch initiativ und ließ dabei ein Verhalten erkennen, das allerorts auf Wohlwollen stieß. Erstmals zeigte Peking auch echte Kontaktbereitschaft gegenüber den Vereinigten Staaten, wohingegen die Chinesen einen Ausgleich mit der UdSSR bislang nicht als erwägenswerte Alternative anzusehen scheinen. Chinas „Rückkehr zur traditionellen Diplomatie“<sup>1</sup> ist sicherlich u. a. darauf zurückzuführen, daß der isolationistische Kurs früherer Jahre zahlreiche außenpolitische Niederlagen zur Folge hatte. In diesem Zusammenhang wird man auch der Ansicht zustimmen können, daß Isolation, wie immer sie innenpolitisch motiviert sein mag, keinen Dauerzustand für ein Land abgeben kann, das in seiner Ideologie die Forderung auf Umgestaltung dieser Welt erhebt<sup>2</sup>.

Als sich die chinesische Regierung dazu entschloß, unterbrochene Beziehungen wiederherzustellen und neue Verbindungen zu suchen, tat man dies insbesondere aus folgenden Gründen:

- Unter Berücksichtigung langfristiger chinesischer Ziele und Interessen begann Peking, sich intensiv um einen Platz in den Vereinten Nationen zu bemühen. Dazu bedurfte es einer Stimmenphalanx innerhalb der Vollversammlung, stark genug, um die Republik China aus der Weltorganisation zu verbannen.
- Der im Jahre 1968 erfolgte Einmarsch der Warschauer Paktstreitkräfte in die CSSR und insbesondere die in diesem Zusammenhang formulierte (Breshnjew)-Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Länder<sup>3</sup>, stellten für China eine Bedrohung dar. Dies gilt auch, obwohl die Bündnispartner der UdSSR es bislang abgelehnt haben, dem sowjetischen Wunsche zu entsprechen und das Bündnis im Konfliktfalle gemeinsam gegen die VR China anzuwenden.

\* Am 10. Januar 1974 jährte sich zum ersten Male der Tod Erik von Groelings, dessen Begabung und hohe menschliche Qualitäten unvergessen sind. Diesen Beitrag verfaßte er im Auftrag dieser Zeitschrift, ohne ihn noch abschließen zu können. Uwe G. Fabritzek hat im Anschluß an die Arbeit von Groelings das Thema bis in die Gegenwart weitergeführt. Die Aufsätze stellen eine Fortsetzung zu dem hier bereits behandelten Problemkomplex „Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt“ (Internationales Asienforum 1971/Nr. 3) dar.

<sup>1</sup> Joachim Glaubitz, „Die Politik Chinas gegenüber Europa und die Interessenlage der BRD“, in „Stiftung Wissenschaft und Politik“, SW-AZ 1055, Juli 1971, p. 3.

<sup>2</sup> *ibid.*

<sup>3</sup> Vgl. dazu im Detail: Boris Meissner, „Die ‚Breshnew-Doktrin‘“, Köln 1969.

– Der dritte Grund für die chinesischen Initiativen ergab sich einerseits aus dem sowjetischen Streben nach Schaffung eines gegen die VR China gerichteten asiatischen Sicherheitssystems, und zum anderen aus den Konsequenzen, die man in Peking aus der Anwendung des sowjetisch-indischen Vertrages vom August 1971 zog<sup>4</sup>.

Dieser Vertrag war im Frühwinter 1971 von der indischen Regierung (unter sowjetischen Schutz) zum Angriff auf Ostpakistan genutzt worden. Während die Sowjets alle Initiative der UNO von Drittländern (z. B. seitens der USA und der VR China) abblockten, zerschlug die indische Armee die pakistanischen Truppen im Ostteil des Landes. Der neue Staat Bangla-Desh entstand. China und die USA, obgleich in der UNO vereint unter den Abstimmungssiegern, erlitten im indisch-pakistanischen Krieg eine machtpolitische Niederlage<sup>5</sup>. Es liegt auf der Hand, daß dieses Vertragswerk für die Sowjets mehr als nur ein bilaterales Abkommen unter vielen bedeutete. Breshnjew bemüht sich bekanntlich seit Jahren um die Zustimmung asiatischer Regierungen zu seinem Projekt eines Sicherheitssystems für Asien. Sowjetisches Anliegen ist dabei einmal die Verdrängung der Amerikaner aus dem pazifischen Raum, zweitens die Eindämmung chinesischer Einflußpolitik und drittens ganz allgemein die Ausdehnung des sowjetischen Mitspracherechts auf alle bedeutenden Fragen, die Asien betreffen. Es wird nicht zufällig von den Sowjets immer wieder betont, daß zwei Drittel des sowjetischen Territoriums in Asien liegen.

Mit ihrer Haltung im indisch-pakistanischen Krieg haben die Sowjets im Frühwinter 1971 klar zu erkennen gegeben, daß sie alternativ dazu bereit sind, zunächst auch bilaterale Verträge mit asiatischen Staaten abzuschließen. Damit sollte Peking sozusagen prophylaktisch vor Augen geführt werden, wo die Grenzen chinesischer Einflußpolitik in Asien von den Sowjets abgesteckt würden. Das aber bedeutet faktisch, daß die Sowjets für den Fall eines allmählichen Rückzugs der Amerikaner aus dem pazifischen Raum bestrebt sind, deren bisherige Rolle als einflußreichste Macht zu übernehmen.

Schon Ende 1971 war daher die (damals noch gewagte) Prognose möglich, daß die amerikanische Politik eines allmählichen Rückzugs aus Asien nunmehr unter veränderten Bedingungen neu bewertet werden müsse. Auch werde die chinesische Führung Überlegungen darüber anzustellen haben, ob ein beschleunigter Abzug im Interesse Chinas liege oder nicht. So schrieb der Verfasser im Dezember 1971, daß die amerikanische Regierung den Abbau ihres militärischen und politischen Engagements in Asien möglicherweise hinausschieben werde, um Moskau die Möglichkeit zu verbauen, das asiatische Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern. Es könne sogar sein, das Washington dies mit Pekings stillschweigendem Einvernehmen zu tun vermag<sup>6</sup>.

<sup>4</sup> Gerd Linde, „Dreiteilung eines Subkontinents“, in: „Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien“, Köln Nr. 4, 1972; derselbe in: „Der indisch-sowjetische Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“, in: Berichte des Bundesinstituts . . . , Nr. 41, 1971.

<sup>5</sup> *ibid.*; und Erik v. Groeling, „Moskau, Peking und der Krieg zwischen Indien und Pakistan“, in: „Berichte des Bundesinstituts . . .“, Nr. 6/1972. Siehe auch Gerd Linde, „Bangla Desh – Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt“, Stuttgart 1972.

<sup>6</sup> Erik v. Groeling, „Moskau, Peking . . .“, a.a.O., p. 34.

Dafür, daß diese These seinerzeit nicht aus der Luft geriffen war, gibt es heute Anhaltspunkte. Die Fraktionsvorsitzenden der beiden amerikanischen Parteien im Repräsentantenhaus, Boggs und Ford, erklärten nach ihrer Rückkehr von Gesprächen mit der chinesischen Führung in Peking, man habe ihnen deutlich zu verstehen gegeben, daß China keineswegs einen totalen amerikanischen Rückzug aus dem pazifischen Raum oder aus anderen Teilen der Welt wünsche. Eine amerikanische Präsenz sei für die Stabilität in der Welt heute und auch in Zukunft von Bedeutung. Ein amerikanischer Rückzug werde lediglich zur Instabilität führen<sup>7</sup>.

Auch das Antwortverhalten der chinesischen Führung zu dem verschärften amerikanischen Bombardement auf Nordvietnam läßt den Verdacht aufkommen, daß Peking, strategisch betrachtet, die Präsenz der Amerikaner im pazifischen Raum für wichtiger hält, als eine beschleunigte Regelung der Vietnamfrage im Sinne Nordvietnams und des Vietcong.

Im Zusammenhang mit Chinas Asienpolitik kommt auch Japan eine wichtige Rolle zu. Hatte man noch bis Anfang 1972 den Eindruck, als gingen alle Initiativen zur Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen von den Japanern aus, so scheint sich dies geändert zu haben. Offenbar fühlt sich die chinesische Führung unter Zugzwang. Zwar hat der Machtwechsel von Ministerpräsident Sato zu Tanaka im Juli 1972 den Weg für unbelastetere chinesisch-japanische Kooperation bei der Entwicklung des sibirischen Raumes bereits Fortschritte gemacht, was in Peking sicherlich mit Unbehagen zu Kenntnis genommen worden ist. Die chinesische Führung drängt daher seit Mitte 1972 auf das baldige Zusammenkommen von Gesprächen mit Ministerpräsident Tanaka, von dem man erheblich mehr Konzessionsbereitschaft gegenüber chinesischen Vorbedingungen, überdies auch ein höheres Verhandlungstempo erwartet.

Immerhin steht für Peking in den bevorstehenden chinesisch-japanischen Verhandlungen viel auf dem Spiel. Da ist zunächst die von Chou En-lai geforderte Isolierung der Republik China auf Taiwan, der mit der Aufkündigung der japanisch-taiwanesischen Beziehungen ein entscheidender Schlag zugefügt werden soll. Da ist ferner Pekings Anliegen, das japanisch-sowjetische Verhältnis zu stören und drittens liegt den Chinesen daran, daß sich das japanisch-amerikanische Verhältnis weiter abkühlt. Im Grunde dürfte es China vor allem darum gehen, die weitere Entwicklung der japanischen Politik zu beeinflussen, um zu verhindern, daß der japanischen Wirtschaftsexpansion in Asien eine politische folgt.

- Der vierte Aspekt führt aus dem asiatischen Raum nach Europa: China fühlt sich betroffen, wo es um Abrüstungs- und Entspannungsfragen sowie um das Zustandekommen der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (hinfort: KSZE) geht. Zwar kann China hierbei seine Rolle als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates geltend machen, doch sind chinesische Sicherheitsinteressen von erheblich größerer Bedeutung. Peking befürchtet Konsequenzen für Asien im allgemeinen und für die eigene Sicherheit im besonderen, wenn es zu einer beträchtlichen Entspannung in Europa und zu einer mehr oder minder

<sup>7</sup> Vgl. dazu im Detail die Analyse Harry Hamms in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 12. 7. 1972 und „Tass“ vom 18. 7. 1972.

einseitigen Abrüstung (der USA) käme. In diesem Sinne argumentierten die Chinesen denn auch gegenüber Boggs und Ford und ließen durchblicken, daß die Sowjetunion durch weitere Aufrüstung bei gleichzeitiger Abrüstung in den USA zur mächtigsten Supermacht werden könne. Aus dieser Argumentation ergibt sich folgerichtig die Sorge der chinesischen Führung, daß Moskau als Ergebnis der KSZE die Gelegenheit nutzen könnte, sowjetische Truppen die heute noch an den Westgrenzen des Sowjetblocks gebunden sind, an die chinesische Grenze zu verlegen.

Hier scheint sich der Kreis zunächst zu schließen: Die chinesische Führung befürchtet (vor dem Hintergrund des bisher unüberwindlichen Konflikts mit Moskau), daß die Sowjetführung (1) die Eindämmung chinesischer Einflußpolitik in Asien, (2) freie Hand gegen China als Ergebnis der KSZE, (3) die Ermunterung der USA zu stärkerer Abrüstung zu erreichen sucht, um dann (4) jenen Vorwand zu finden, der nötig wäre, um die Breshnjew-Doktrin gegen die VR China zur Anwendung zu bringen.

Zwar hat dieses chinesische Bild von der internationalen Lage und den sowjetischen Zielen bislang nur hypothetischen Charakter, so bieten doch Chinas historische Erfahrungen mit der Sowjetführung wie auch Moskaus aktuelle Politik genügend Anhaltspunkte für die Annahme, daß aus obiger Hypothese zu gegebener Zeit bittere Realität werden könnte. Daher ist Chinas Interesse an globaler Entspannung folgerichtig. Die Alternative dazu wäre, den Status quo, d. h. ein balanciertes Kräfteverhältnis zu bewahren. Dementsprechend ist die chinesische Führung nicht nur an einem Modus vivendi mit den Amerikanern, an einer Normalisierung der Beziehungen zu Japan und an einer anti-sowjetischen Konstellation in Asien interessiert. China liegt nach wie vor daran, nationale (und damit anti-sowjetische) Interessen der Osteuropäer zu stützen. Schließlich ist Peking interessiert, gute Beziehungen zu den Staaten Westeuropas und insbesondere zu den EWG-Ländern zu entwickeln. Dies ist nicht nur für den chinesischen Außenhandel und für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der chinesischen Industrie von Bedeutung. Ganz besonders wichtig sind West- und Osteuropa für Chinas Sicherheitspolitik und damit auch für die KSZE-Verhandlungen. Die chinesische Führung dürfte daher auf drei Ebenen bemüht sein, in solche Verhandlungen eingeschaltet zu werden: Man wird wohl den Versuch unternehmen, als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eine Mitsprache, mindestens einen Beobachterstatus zu erreichen. Sollte dies nicht gelingen, so dürfte Peking sowohl über osteuropäische (z. B. Rumänien, Albanien) als auch über westeuropäische Regierungen die chinesischen Interessen zu wahren suchen.

Unter diesen globalen Aspekten sind die ersten Gespräche zwischen der chinesischen Führung und einem offiziellen Vertreter der Bundesrepublik zu analysieren.

## **2. Vorstellungen und Ziele der Gesprächsparteien**

Wenngleich mit Gerhard Schröder der erste bundesdeutsche Politiker zu Gesprächen mit der chinesischen Führung nach Peking gereist ist, um dort die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu erörtern, wird man doch zunächst

davon ausgehen müssen, daß Schröder der Opposition angehört. Es ist an sich nichts Ungewöhnliches, daß heikle Kontaktgespräche von Oppositionspolitikern geführt werden. Doch stellt sich im vorliegenden Fall die Frage, in welcher Weise sowohl Schröders Zugehörigkeit zur Opposition, als auch das Problem der kommenden Bundestagsneuwahlen die Gespräche belastet haben könnten. Obgleich Schröder vor seiner Reise mit Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel Gespräche geführt hat (Staatssekretär Ahlers erklärte dazu, daß der Bundeskanzler die Reise Schröders „von Anfang an unterstützt“ und ihm auch entsprechende Hinweise für seine Gesprächsführung gegeben haben<sup>8</sup>, so scheint doch festzustehen, daß der Bundeskanzler den Oppositionspolitiker weder mit besonderen Vollmachten, noch mit einem offiziellen Auftrag ausgestattet hat<sup>9</sup>. Dies dürfte für die chinesische Führung voraussehbar, wenngleich enttäuschend gewesen sein. Was die konkreten Gesprächsergebnisse angeht, konnte Schröder wohl keine Details und auch keine Termine für kommende Kontakte aushandeln. Sicher scheint auch, daß die SPD/FDP-Koalition kurz vor den Neuwahlen alles vermeiden wollte, was angetan wäre, die Reise Gerhard Schröders aufzuwerten. Schröder äußerte zwar die Absicht, das Thema China aus dem Wahlkampf herauszuhalten, da es von „überparteilicher“ Bedeutung für die Bundesrepublik sei<sup>10</sup>, doch sollten die Ereignisse selbst diese richtige Absicht überflüssig machen. Schröder setzte sich persönlich für die Kontaktaufnahme mit China ein und führte auch die entscheidenden Vorgespräche mit Ministerpräsident Chou En-lai. Da er für den Fall eines CDU/CSU-Wahlsieges im Dezember 1972 als kommender Außenminister festzustehen schien, bedeuteten die Gespräche nicht nur für Schröder persönlich, sondern auch für die CDU/CSU einen außenpolitischen Erfolg.

Letztlich lag aber die Frage der Aufnahme von Verhandlungen mit Peking bei der gegenwärtigen Bundesregierung und nicht bei der Opposition. Der Bundeskanzler konnte die erzielten Ergebnisse zu raschem Handeln nutzen, er hätte diesen Fragenkomplex aber auch vor den Neuwahlen ausklammern und die Kontaktaufnahme auf Regierungsebene dadurch bis Anfang 1973 auf Eis legen können. Da einer solchen Kontaktaufnahme in der Tat keine bilateralen Hindernisse im Wege stehen<sup>11</sup>, kam es letzten Endes darauf an, ob auch die Regierungskoalition das deutsch-chinesische Verhältnis unter „überparteilichen“ oder nur unter bilateralen Gesichtspunkten anzusehen bereit war. Für sie war es von erheblicher Bedeutung, ob sich Moskau auf die Natur der auszuhandelnden deutsch-chinesischen Beziehungen kommentarlos, sozusagen unter Anerkennung der Realitäten, einstellen wird, oder ob die Sowjetführung den Versuch unternehmen werde auf diesen Prozeß Einfluß zu nehmen. Zwar hat Willy Brandt den sowjetischen Parteichef Leonid Bresnjev bereits in Oreanda davon unterrichtet, daß eine Anerkennung der VR China durch die Bundesrepublik bereits diskutiert werde, ohne daß eine offizielle sowjetische Reaktion auf mögliche praktische Schritte der Bundesregierung erfolgte. Im Grunde sah es mehr so aus, als könnten sich die Sowjetführer mit der Realität normaler

<sup>8</sup> u. a. Radio Hilversum II am 21. Juli 1972.

<sup>9</sup> „Die Welt“ unter Bezugnahme auf einen Sprecher des Auswärtigen Amtes am 11. 7. 1972.

<sup>10</sup> DPA 29. 7. 1973.

<sup>11</sup> Ein Haupthindernis bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und anderen Staaten waren beispielsweise offizielle Beziehungen zur Republik China (Taiwan), die jedoch mit der Bundesrepublik zu keiner Zeit bestanden.

zwischenstaatlicher deutsch-chinesischer Beziehungen abfinden, vorausgesetzt, sie kämen unter der Regie der SPD/FDP-Koalition zustande.

### **Deutsche Vorstellungen und Ziele**

Oberstes Ziel deutscher Außenpolitik ist zwar stets die Sicherheit der Bundesrepublik, doch stellt sich gerade im Falle Chinas die Frage, in welcher Weise hier deutsche Sicherheitsinteressen im Spiel sein könnten. Die Vorstellung, daß die VR China für die Bundesrepublik eine Partnerrolle als Gegengewicht gegen die UdSSR spielen könnte, ist aus vielen Gründen unrealistisch.

Ein zweites — und wohl wichtigeres — Ziel der Bundesregierung ist es, die außenwirtschaftlichen Beziehungen zur VR China (Handelsaustausch 1970: 1.4 Milliarden DM) durch die Errichtung von Handelsmissionen, Konsulaten und einer Botschaft in Peking abzusichern.

Im Hinblick auf die bereits zur Diskussion stehende Aufnahme der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen dürfte eine Zustimmung der VR China zumindest von Vorteil sein.

### **Chinesische Vorstellungen und Ziele**

Sicherlich muß man zunächst von der chinesischen außenpolitischen These ausgehen, daß die Welt aus Zonen besteht. Nach Maos Theorie von den „Zwischenzonen“ kommt es darauf an, die zwischen dem imperialistischen Block einerseits und dem sozialistischen Block andererseits stehenden Staaten für den Sozialismus zu gewinnen und damit gegen den Imperialismus zu mobilisieren, wobei die „Dritte Welt“ der „ersten Zwischenzone“, die Länder Westeuropas (u. a. die Industriestaaten) der „zweiten Zwischenzone“ zugeschlagen werden. Dabei ergab sich aus dem chinesisch-sowjetischen Konflikt, daß Peking die UdSSR als „sozialimperialistische Supermacht“ dem imperialistischen Block zurechnet. Hat diese „Zwischenzonentheorie“ der Chinesen für Pekings Außenpolitik sozusagen einen neuen theoretischen Rahmen geschaffen, so scheinen doch Fragen anderer Art von größerer kurz- und mittelfristiger Bedeutung zu sein.

Wie bereits oben ausgeführt, geht es Peking in erster Linie um seine eigene Sicherheit, in zweiter Linie um den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.

In der Frage chinesischer Sicherheitsinteressen legt man in Peking Wert auf normale und freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten Westeuropas, um eigene Interessen (die das Verhalten der UdSSR zu China betreffen) gewahrt zu wissen. Zum anderen unterstützt Peking die Einigungsbestrebungen der Westeuropäer, weil man Westeuropa langfristig ein starkes Gegengewicht sowohl gegenüber der UdSSR als auch gegenüber den USA zutraut.

Die wirtschaftlichen Interessen Pekings an Westeuropa und an der Bundesrepublik scheinen zweierlei Charakter zu haben. Da ist zunächst Pekings Bestreben, mit Hilfe westeuropäischer Industrie und Technologie den eigenen Aufbau zu beschleunigen. Für Peking ist in diesem Zusammenhang ein Anschluß an die EG (in welcher Form auch immer) von vorrangiger Bedeutung. Zum zweiten wird man aber ein eher politisches Interesse der Chinesen an intensivierten Wirtschaftsbeziehungen zu EG-Staaten nicht übersehen dürfen.

Japan, schon jetzt stärkster Handelspartner der VR China, scheint bestrebt, auch die Chinesen in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Diese Erwartung ist offensichtlich einer der wesentlichen Gründe, weshalb die japanische Industrie schon seit Jahren einer Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen das Wort redet. Es ist jedoch gerade die zu erwartende beträchtliche Ausweitung des japanisch-chinesischen Handels, von der die Chinesen befürchten müssen, daß sie sich langfristig in einem Abhängigkeitsverhältnis niederschlagen könnte. Dies zu vermeiden, wird ein wichtiges Anliegen der Chinesen bei Verhandlungen mit dem japanischen Ministerpräsident Tanaka und mit Vertretern der japanischen Industrie sein. Peking muß daher an Alternativen und an eine Ausbalancierung in seinen Außenwirtschaftsbeziehungen denken. Innerhalb der EG kommt wiederum der Bundesrepublik als stärkster Industrienation eine besondere Bedeutung zu. Zudem würde die Stimme Bonns zugunsten eines wie auch immer formulierten Verhältnisses Chinas zu den Europäischen Gemeinschaften für Peking die Überwindung der letzten Barriere bedeuten, da mit der Zustimmung anderer EG-Länder gerechnet werden kann.

Schließlich geht es Peking bei allen Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch darum, die Republik China auf Taiwan weiter zu isolieren. Zweifellos spielen dabei, was die wirtschaftliche Isolierung angeht, gerade Japan und die EG-Länder eine wichtige Rolle.

### 3. Zu Verlauf und Ergebnissen der Gespräche in Peking

Es soll in dieser Studie davon abgesehen werden, im Detail auf den Besuch von Dr. Schröder und auf die zwischen ihm und chinesischen Regierungsvertretern geführten Gespräche einzugehen. Vielmehr geht es hier um die Frage, welche Kernfragen in Peking behandelt worden sind, welche Ergebnisse die Gespräche gebracht und wie Bonn auf die neue Lage reagiert.

Das Interesse der chinesischen Führung an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen war bereits vor der Reise Schröders erkennbar<sup>12</sup>. Zwar hatten die Chinesen zuvor den Versuch unternommen, die Bundesregierung davon zu überzeugen, daß es besser wäre, gleich einen Repräsentanten der Regierung zu entsenden<sup>13</sup>, doch hat man sich dann mit dem Oppositionspolitiker zufriedengegeben und ihm einen Empfang bereitet, der sonst nur wenigen hohen Staatsmännern zuteil geworden ist<sup>14</sup>.

Peking hätte es zwar begrüßt, wenn Schröder befugt gewesen wäre im Namen der Bundesregierung eine verbindliche Erklärung abzugeben, doch kam den Chinesen Schröders Besuch grundsätzlich gelegen, weil sie zumindest die Möglichkeit wahrnehmen konnten, ihrem Gast das große Interesse an Beziehungen zu Bonn klarzumachen. Abgesehen davon hatten Schröders Vorgespräche mit Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel die Reise mit einer Art offiziellem Placet versehen.

<sup>12</sup> DPA vom 10. 7. 1972 im Zusammenhang mit den Gesprächen des französischen Außenministers Maurice Schumann in Peking.

<sup>13</sup> U. a. Radio Hilversum 2 am 21. 7. 1972.

<sup>14</sup> So wurde Schröder zweimal von Premier Chou En-lai empfangen und überall wie ein Staatsgast behandelt. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt 20. 7. 1972.

Schröder ließ es auch an eigenen Stellungnahmen nicht fehlen und betonte mehrfach, daß für ihn die Aufnahme von Beziehungen keine Frage des Prinzips, sondern nur mehr eine Frage der Zeit und der Methode sei. Er lege daher Wert auf die möglichst baldige Aufnahme von Beziehungen<sup>15</sup>.

Dementsprechend verhielten sich Schröders Gesprächspartner. Sie behandelten ihn nicht nur wie einen hohen Staatsgast, sie sprachen sogar ausdrücklich von „Verhandlungen“<sup>16</sup> und ließen damit erkennen, daß sie sich bemühten, Schröders Reise diplomatisch aufzuwerten.

Inhaltlich vermittelten die Gespräche Schröder die Erkenntnis, daß auch die chinesische Seite keine Hindernisse für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen sieht. Die Chinesen, so betonte er mehrfach, seien bereit, „ohne Vorbedingungen“ in Verhandlungen einzutreten. China habe auch keinerlei Vorbehalte gegen die Aufnahme Westberlins in die vertraglichen Vereinbarungen erhoben<sup>17</sup>.

Die Ergebnisse der Gespräche legten Schröder und sein chinesischer Verhandlungspartner, der stellvertretende Außenminister Chiao Kuan-hua, in einer „Gemeinsamen Erklärung“ nieder, in der beide bekundeten, daß der baldigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen nichts mehr im Wege stünde. In dieser Erklärung, die Schröder nach seiner Rückkehr Außenminister Scheel übergab, ging es offenbar auch um „prozedurale Fragen“, denn diese sah Schröder durch die schriftliche Absprache als „geregelt“ an. Aus diesem Grunde konnte der Oppositionspolitiker die Feststellung treffen, er „kenne jetzt den Weg“, der zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen führe<sup>18</sup>.

Ferner erfuhr Schröder in Peking, daß diplomatische Beziehungen die weitere Entwicklung des beiderseitigen Handelsaustausches fördern würden. In seinen Gesprächen mit dem chinesischen stellvertretenden Außenhandelsminister Li Chiang habe er den Eindruck gewonnen, daß China bereit sei, seine Güteraustauschfähigkeit zu erhöhen. Es bestehe auch Interesse bei den Chinesen, weitere „vollständige Industrieanlagen“ aus der BRD zu beziehen<sup>19</sup>.

Nach Abschluß des Besuches enthielt ein dpa-Kommentar aus Peking einige interessante Hinweise auf die Erwartungen der Chinesen. Die chinesische Führung betrachte ihre Einladung an Schröder als eine Art von Vorleistung und erwarte nun eine entsprechende Initiative der Bundesregierung. China würde nur wenig Verständnis dafür zeigen, wenn Bonn den Beginn von Verhandlungen aus Wahlkampfgründen weiter verschöbe<sup>20</sup>.

Zeigte dies das große Interesse Pekings an der baldmöglichsten Aufnahme von Beziehungen mit Bonn, so war die Reaktion der Vertreter der Bundesregierung bisher eher ernüchternd.

Bundesaußenminister Walter Scheel kommentierte die Ergebnisse der Reise mit der Feststellung, es hätten sich für die Bundesregierung „keine neuen Gesichtspunkte“ ergeben. Er sprach ferner davon, daß eine solche Entwicklung (wenngleich wünschenswert) „allmählich reifen“ müsse und daß dies „längere Zeit“ dauern

<sup>15</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 12. 7. 1972.

<sup>16</sup> Die Welt 17. 7. 1972.

<sup>17</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 31. 7. 1972, Schröder nach DPA 28. 7. 1972.

<sup>18</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 27. 7. 1972.

<sup>19</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 27. 7. 1972.

<sup>20</sup> Schröder nach DPA am 28. 7. 1972.

werde. Der Wunsch nach Verhandlungen, so sagte Scheel, müsse „von Peking ausgehen“<sup>21</sup>. Mag man auch verstehen, daß Scheel die Reise aus parteipolitischen Erwägungen herunterzuspielen versuchte, so entsprach doch letztere Feststellung nicht der Realität, da Peking sein Interesse unmißverständlich zu erkennen gegeben hatte. Aus welchen Gründen auch immer, Scheels Reaktion kommt einer bewußten Komplizierung des Tatbestandes gleich. Auch FDP-Fraktionschef Mischnik spielte die Reise herunter, indem er Scheels Bemühungen herausstellte, „auf dem üblichen diplomatischen Wege“ voranzukommen. Einen besonderen Akzent erhielt Mischniks Stellungnahme noch durch den an sich überflüssigen Hinweis, die FDP sei immer für diese Beziehungen eingetreten, „ohne dabei einen Staat gegen einen anderen ausspielen zu wollen“<sup>22</sup>. Die Andeutung der Vorbehalte der Partei- und Staatsführungen Osteuropas war unüberhörbar und damit eine indirekte Stützung osteuropäischer Stimmen, wonach sich die CDU/CSU um die Konstruktion einer gegen das sozialistische Lager gerichteten Achse Bonn-Peking bemühe. Nichts sagend kommentierte SPD-Vorstandssprecher Jochen Schulz die Reise. Die SPD, so sagte er, halte Schröders Reise für „nützlich“. Das chinesische Interesse werde von der SPD „positiv“ aufgenommen<sup>23</sup>. Staatssekretär Ehmke vom Bundeskanzleramt zeigte sich konzilient und bemerkte, die Bundesregierung begrüße es, daß in China ein Interesse an der Normalisierung der deutsch-chinesischen Beziehungen bestehe<sup>24</sup>.

Sowohl das Verhalten Scheels als auch das der SPD macht deutlich, daß man sich in Kreisen der Bundesregierung weit weniger von den Gesprächen Schröders in Peking erwartet hatte. Die Tatsache, daß die Chinesen großes Interesse und große Eile gezeigt haben, scheint der Regierungskoalition aus zwei Gründen unangenehm zu sein:

- Erstens fühlt man sich in Regierungskreisen nunmehr unter einem Zugzwang, den man gerade hatte vermeiden wollen. Denn sollte sich Bonn weigern, auf die Offerten Pekings einzugehen, so könnte das Thema durchaus im Wahlkampf angesprochen werden.
- Zweitens kommt das Verdienst, alle wichtigen Vorfragen zwischen Bonn und Peking geklärt zu haben, in der Tat Gerhard Schröder zu. Dieser Vorteil ließe sich im Wahlkampf so oder so zugunsten der CDU/CSU ausspielen, obgleich Schröder selbst die eigene Unparteilichkeit in dieser Frage stets betonte.

<sup>21</sup> Südwestfunk II vom 31. 8. 1972.

<sup>22</sup> Die Welt 1, 8. 1972.

<sup>23</sup> Ebenda.

<sup>24</sup> Die Welt 31. 7. 1972.

## II. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China seit dem Besuch von Gerhard Schröder

UWE G. FABRITZEK

Die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China ging nach dem Besuch von Gerhard Schröder wesentlich rascher vor sich als ursprünglich angenommen. Sei es, daß die Regierung das Thema China aus dem Wahlkampfgeschehen heraushalten wollte, sei es, daß durch eine rasche Entscheidung jedes Gerede von einer Abhängigkeit der deutschen Außenpolitik von der Sowjetunion demonstrativ widerlegt werden sollte, oder sei es, daß man nach den Gesprächen von Schröder zu der Überzeugung gelangt war, daß China diesen Besuch als Vorstufe der Aufnahme von Kontakten beider Regierungen betrachtete und man sich eine Ablehnung angesichts der wachsenden Bedeutung Chinas nicht leisten wollte und durfte.

Gerhard Schröder jedenfalls sprach sich nachdrücklich für eine Normalisierung aus, forderte eine „schlichte Normalität“ in den Beziehungen zu China<sup>1</sup>. Offensichtlich haben auch die praktischen Ergebnisse des Schröder-Besuches, bei der er eine Klärung der Einbeziehung Westberlins bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erreicht hatte, die Bereitschaft der Regierung zu offiziellen Beziehungen erheblich vergrößert. Wie erst im nachhinein bekannt wurde, begannen schon bald nach Schröders Besuch Kontakte mit offiziellen chinesischen Vertretern u. a. in London, um nochmals zu klären, wie China zum Problem der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn tatsächlich stand<sup>2</sup>. Auch das Bundeskabinett beschäftigte sich mit dieser Frage, und Staatssekretär Ahlers bestätigte auf einer Pressekonferenz Anfang August die Absicht der Bundesregierung, mit China diplomatische Beziehungen aufzunehmen und die Kontakte, die Schröder aus China mitgebracht hatte, weiterzuführen<sup>3</sup>.

Das offensichtliche Interesse Pekings an einer Normalisierung der Beziehungen zu Bonn wurde auch durch eine ausgesprochen sachlichkorrekte Darstellung der bundesdeutschen Politik im offiziellen Nachrichtenbulletin der Hsinhua-Agentur demonstriert, die im Gegensatz zu den Vorjahren<sup>4</sup> ohne jede Polemik über die politischen Veränderungen in der Bundesrepublik berichtete<sup>5</sup>.

Mitte August zeichneten sich dann erstmals die Konturen der künftigen Entwicklung ab, als der stellv. Regierungssprecher von Wechmar einen Besuch Außenminister Scheels in Peking „zu gegebener Zeit“ nicht ausschloß<sup>6</sup>. Zwar lehnte China eine Einladung des Präsidenten des Organisationskomitees der XX. Olympischen

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 17., 21., 24., 26. 7. 1972.

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 10. 8. 1972.

<sup>3</sup> Neue Zürcher Zeitung 11. 8. 1972.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Übersicht über „Das Bild der Chinesen von der BRD. Berichte der VRCh-Presse über die BRD 1969 bis Juni 1972“, in „China Aktuell“, Juli 1972, S. 36–39, sowie Uwe G. Fabritzek: Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt. Internationales Asienforum 1971, Nr. 3.

<sup>5</sup> Vgl. u. a. Hsinhua 6. 6., 13. 7. 1972.

<sup>6</sup> Süddeutsche Zeitung 16. 8. 1972, Frankfurter Allgemeine Zeitung 18. 8. 1972.

Spiele, Willi Daume, ab, eine Beobachterdelegation nach München zu entsenden<sup>7</sup>, doch richtete sich dies mehr gegen die Teilnahme Nationalchinas (Taiwans) an den Spielen als gegen die Bundesrepublik. In Verhandlungen zwischen chinesischen Diplomaten aus Ostberlin mit dem Auswärtigen Amt in Bonn wurde dann Ende August die Vereinbarung getroffen, daß Scheel im Oktober zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen nach Peking reisen werde<sup>8</sup>, was durch eine „offizielle Erklärung“ beider Seiten vom 29. September 1972 bestätigt wurde. Im einzelnen heißt es in dieser Erklärung, daß „zwischen Vertretern der Regierung der Volksrepublik China und Vertretern der Regierung der Bundesrepublik Deutschland . . . in Bonn Gespräche über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und den Austausch von Botschaftern zwischen beiden Staaten und über damit zusammenhängende Fragen geführt (wurden) . . . Der Bundesminister hat die Einladung angenommen und wird in der Zeit vom 10. bis 14. Oktober 1972 Peking besuchen . . . Während des Besuchs wird ein gemeinsames Kommuniqué über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und den Austausch von Botschaftern von den beiden Außenministern unterzeichnet und veröffentlicht werden“<sup>9</sup>.

### **Der Besuch von Außenminister Walter Scheel in der Volksrepublik China**

Außenminister Walter Scheel traf auf der Rückreise von den USA am 10. Oktober in der Volksrepublik China ein, nachdem er in New York während der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit dem stellv. chinesischen Außenminister Chiao Kuan-hua die Einzelheiten des Besuches in China besprochen hatte<sup>10</sup>. Bereits am 11. Oktober wurde die Bekanntgabe des gemeinsamen Kommuniqués offiziell beschlossen und in einem kurzen Zeremoniell im „Festsaal der Großen Halle des Nationalen Volkskongresses“ vollzogen. Das Kommuniqué zeichnete sich durch eine bemerkenswerte Kürze aus und besteht aus dem folgenden Satz: „Die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland haben am 11. Oktober 1972 beschlossen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und in kurzer Zeit Botschafter auszutauschen“<sup>11</sup>. Diese Knappheit ist insofern bedeutungsvoll, als in allen vorangegangenen ähnlichen Kommuniqués bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China stets ein Passus über Taiwan enthalten war, in dem der die Volksrepublik anerkennende Staat sich verpflichtete, den chinesischen Alleinvertretungsanspruch anzuerkennen und Taiwan als zu China gehörig zu betrachten<sup>12</sup>. Andererseits fehlte auch jeder Hinweis auf die Deutschland- bzw. die Berlinfrage, die für die Bundesrepublik von ähnlicher Relevanz ist wie für Peking die Taiwanfrage. Der Grund für diese Nichterwähnung ist vor allem darin zu sehen, daß Peking stets den Anspruch vertreten hat, daß es nur ein China geben könne und diesen Anspruch auch im Hinblick auf die anderen geteilten Staaten einschließlich Deutschlands vertritt und damit kaum in einem Kommuniqué das Be-

<sup>7</sup> Hsinhua 22. 8. 1972.

<sup>8</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 26. 8. 1972.

<sup>9</sup> Gespräche zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich abgeschlossen. Peking Rundschau 1972, Nr. 39, 3. 10. 1972, S. 5.

<sup>10</sup> Neue Zürcher Zeitung 10. 10. 1972.

<sup>11</sup> Peking Rundschau 1972, Nr. 41, 7. 10. 1972, S. 4.

<sup>12</sup> Vgl. im einzelnen: Uwe G. Fabritzek: Zum Problem der beiden China. Die Taiwan-Formeln in den Kommuniqués zur Anerkennung Chinas. Osteuropa 1972, Nr. 1, S. 79–89.

stehen zweier deutscher Staaten anerkennen konnte. Ungeachtet dieses Ausklammerns der Probleme im Kommuniqué wurden aber sicherlich Nebenabsprachen über die gegenseitige Position und das künftige Verhalten in der Berlin- bzw. der Taiwanfrage getroffen. Das geht u. a. aus Erklärungen von Außenminister Scheel nach seiner Rückkehr hervor, in denen er ausführte, daß bei der Einbeziehung Berlins in künftige deutsch-chinesische Verträge „keine Schwierigkeiten“ entstehen werden, wie auch aus der Tatsache, daß etwa zur gleichen Zeit Dienstreisen von Bundesstellen nach Nationalchina (Taiwan) offiziell untersagt wurden. Damit stellt die Form des Kommuniqués wohl aber einen notwendigen Kompromiß dar, weist nicht etwa darauf hin, daß es „keine Probleme“ zwischen beiden Seiten gegeben habe.

In den Ansprachen beider Außenminister auf dem Staatsbankett am gleichen Tage führte Außenminister Chi Peng-fei u. a. aus, daß nunmehr „ein neues Blatt in der Geschichte der Beziehungen unserer beiden Staaten aufgeschlagen worden (sei)<sup>13</sup>“. Ausführlich würdigte er Deutschland als „die Heimat der großen Gestalten Karl Marx und Friedrich Engels. Das deutsche Volk hat auf dem Gebiet der Wissenschaft, Kultur und Kunst einen wertvollen Beitrag zum geistigen Reichtum der Menschheit geleistet und dafür internationale Anerkennung gefunden“<sup>14</sup>. Zur Deutschlandfrage erklärte er, daß „zur Förderung einer erfolgreichen Lösung der deutschen Nachkriegsfrage und im Interesse des Friedens in Europa und der Welt der Vorsitzende Mao Tse-tung bereits im Jahre 1955 im Namen der Volksrepublik China den Befehl mit der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland (erließ). Aber 27 Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs ist immer noch keine Friedensregelung für Deutschland getroffen worden, und die beiden deutschen Staaten leben immer noch in einem anormalen Zustand. Wir vertraten seit jeher den Standpunkt, daß die deutsche Frage unter der Achtung der Interessen und Wünsche des Volkes in beiden deutschen Staaten gerecht und vernünftig gelöst werden soll“<sup>15</sup>.

Chi Peng-fei gab zugleich bekannt, daß seit August (also nach dem Besuch Gerhard Schröders) in Bonn diplomatische Verhandlungen zwischen Vertretern beider Regierungen aufgenommen worden waren.

Abgesehen davon, daß Chi Peng-fei die Bedeutung des Besuchs von Schröder hervorhob und ausdrücklich den Beginn der offiziellen Kontakte auf die Zeit nach dessen Besuch datierte – im Gegensatz zu verschiedenen Aussagen von Regierungsseite – ist die Erwähnung der „noch ungelösten Deutschlandfrage“ ein bedeutender Hinweis zur Haltung Pekings in dieser Frage: Erneut wurde damit deutlich, daß die Teilung Deutschlands für China keine endgültige Lösung darstellt. In den Besprechungen zwischen beiden Außenministern ergaben sich zudem unterschiedliche Auffassungen über die Frage der Wiedervereinigung. Während Scheel den „Friedenzustand in Europa“ als Voraussetzung für die Wiedervereinigung nannte, machte Chi Peng-fei das Selbstbestimmungsrecht des Volkes beider deutscher Staaten zur Voraussetzung einer Entspannung in Europa und zur Erhaltung des Friedens: „Wir glauben, daß sich die Lage in Europa nur bessern kann, wenn die

<sup>13</sup> Peking Rundschau 1972, Nr. 41, S. 13.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Ebenda.

Unabhängigkeit der europäischen Staaten wirklich respektiert und ihre Stellung als gleichwertige Partner anerkannt wird<sup>16</sup>.“ Dies bezieht sich gleichermaßen auf die Abhängigkeit Europas bzw. einzelner Staaten von den USA, aber auch auf die sowjetische Hegemonie in Osteuropa und insbesondere in der DDR<sup>17</sup>. In die gleiche Richtung ging eine Bemerkung von Ministerpräsident Chou En-lai gegenüber Walter Scheel im Zusammenhang mit der deutschen Ostpolitik und der chinesischen Kritik an der Politik der Sowjetunion. Adenauer, so meinte Chou En-lai, habe ja in Vertragsfragen seine Schwierigkeiten mit Chruschtschow gehabt, der den deutschen Kanzler mit dem Hinweis auf die „gelbe Gefahr“ zu beeindrucken versucht habe. Spitz habe Chou En-lai dann hinzugefügt: „Sie sehen, Herr Scheel, die Russen übernehmen oft etwas von den Deutschen. Lenin lernte von Marx und Chruschtschow von Kaiser Wilhelm II.“<sup>18</sup>.

Aus alledem wird einmal mehr die Position deutlich, daß China der Bundesrepublik Deutschland in ihren außenpolitischen Vorstellungen einräumt: Bei Aufrechterhaltung offizieller, wenn auch distanzierter Beziehungen zur DDR<sup>19</sup> betreibt China eine dezidierte antisowjetische Politik, wobei es im Hinblick auf Europa den sowjetischen Plan für eine Europäische Sicherheitskonferenz attackierte, da es von ihr eine Festigung der sowjetischen Hegemonie in diesem Raum befürchtet. Auch die Kritik an der ‚neuen deutschen Ostpolitik‘ wie die Unterstützung eines geeinten, starken Europa und einer begrenzten Präsenz der USA im Rahmen der NATO in Europa resultieren daraus.

Bei seinen Gesprächen drang Außenminister Scheel auf den Abschluß eines Handelsvertrages, eines Luftverkehrsabkommens sowie einer Vereinbarung über Kulturaustausch<sup>20</sup>. Offensichtlich war das deutsche Interesse auch davon bestimmt, daß Bonn durch eine rasche Vertragsunterzeichnung mit China die umstrittene Vertretung Westberlins nach außen hin fixieren wollte. Abgesehen davon war eine rasche Vereinbarung über den künftigen Handelsverkehr angebracht, da die Außenhandelsbeziehungen der Bundesrepublik vom 1. Januar 1973 an im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften und nicht mehr bilateral geregelt werden konnten. Der Besuch Walter Scheels in China ist durchaus als Erfolg zu werten – vor allem auch deshalb, weil die Beziehungen in den 23 Jahren davor von mancherlei Hindernissen geprägt waren, die zu einem auf die Spaltung des deutschen wie des chinesischen Volkes seit 1945 bzw. 1949 zurückzuführen sind, ebenso aber auch auf die Zugehörigkeit beider Staaten zu einander feindselig gegenüberstehenden Blöcken. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking ist somit in unmittelbarem Zusammenhang mit dem konfliktreichen Verhältnis Pekings zu Moskau und der daraus resultierenden Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik seit dem Ende der Kulturrevolution zu sehen. Der Besuch Außenminister Scheels und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen stellen damit nicht mehr und

<sup>16</sup> Vgl. dazu Solich, Eduard J.: Tauwetter zwischen Bonn und Peking. *Übersee-Rundschau* 1972, Nr. 6 (Dezember), S. 3–6.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> *Der Spiegel* 16. 10. 1972, S. 24.

<sup>19</sup> Vgl. zu den Beziehungen DDR–VR China im einzelnen: Uwe G. Fabritzek: *Gelber Drache – Schwarzer Adler. Die Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen*. München 1973. S. 169–188.

<sup>20</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 12. 9. 1972.

nicht weniger dar als die Anerkennung dieser Konstellation auch durch die Bundesrepublik und die Bereitschaft, die politischen Realitäten auch im Fernen Osten anzuerkennen. Daß in diesem Stadium der Zusammenhang der deutschen Chinapolitik mit der Ostpolitik gewahrt blieb, demonstriert nicht nur das Gespräch zwischen Bundeskanzler Brandt und Parteichef Breshnjew kurz zuvor auf der Krim, sondern auch die Tatsache, daß Staatssekretär Bahr am gleichen Tage ein Gespräch mit Breshnjew im Kreml führte, an dem Scheel zu seinem Besuch in Peking eintraf.

Unzweifelhaft aber war die Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China in innenpolitischer Hinsicht von Bedeutung. Nach der Chinareise von Gerhard Schröder war deutlich geworden, daß das Thema China mit zu den Schwerpunkten der außenpolitischen Kritik und der Wahlkampfführung der CDU/CSU gehören würde, wenn die Forderung Schröders auf eine Normalisierung bis dahin nicht erfüllt worden wäre. Da eine Auseinandersetzung über die bundesdeutsche Chinapolitik in diesem Kontext der Sache in jedem Falle geschadet hätte, ist die rasche Entwicklung in dieser Frage auch aus dieser Perspektive zu begrüßen.

### Die jüngste Entwicklung

Der Verlauf der deutsch-chinesischen Beziehungen seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen läßt sich mit dem Stichwort „Intensivierung auf allen Ebenen“ beschreiben. So wurden die wirtschaftlichen Kontakte verstärkt, setzte eine Reise-welle bundesdeutscher Politiker nach China ein und ergaben sich Anknüpfungspunkte auf kulturellem wie sportlichem Gebiet.

Als erstes konkretes Ergebnis der formellen Beziehungen wurde am 18. Dezember 1972 ein Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China in Peking paraphiert, der entsprechend den Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaften nur bis 1974 Gültigkeit hat. In den insgesamt neun Paragraphen geht es im wesentlichen um die Meistbegünstigung des Handels, den Zahlungsverkehr und die Einsetzung einer gemischten Kommission. Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist, daß Westberlin „entsprechend der tatsächlichen Lage“ in den Anwendungsbereich des Vertrages einbezogen wird<sup>21</sup>. Der stellv. Außenminister Chiao Kuan-hua erklärte gegenüber dem Sonderbotschafter Hermes nach dem Abschluß der Verhandlungen, daß diese Behandlung Berlins durch China ein Beweis für das „lebendige Interesse“ sei, das Peking an der Bundesrepublik habe, und gab gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Gefühl „nicht einseitig“ sein möge<sup>22</sup>. Praktisch parallel dazu richtete das Auswärtige Amt in Bonn ein Schreiben an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Eppler mit der Bitte, in Zukunft keine neue Hilfe für Nationalchina (Taiwan) bereitzustellen<sup>23</sup>.

Als erster Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Volksrepublik China wurde Rolf Pauls benannt, zuvor Botschafter in Washington, der am 16. April 1973 sein Amt übernahm<sup>24</sup>; erster chinesischer Botschafter in der Bundesrepublik wurde Wang Yü-tien, ein erfahrener Diplomat, der am 18. Juni seinen Posten in Bonn an-

<sup>21</sup> Die Welt 19. 12. 1972.

<sup>22</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 19. 12. 1972.

<sup>23</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 20. 12. 1972.

<sup>24</sup> Hsinhua 16. 4. 1973.

trat<sup>25</sup>. Ein deutliches Zeichen für die neue Grundlage der Beziehungen war die Entlassung des deutschen Technikers Trutz Ritter von Xyländer am 11. April 1973, der sich seit dem 17. November 1967 in chinesischer Gefangenschaft, angeblich wegen Spionage für den amerikanischen Geheimdienst CIA, befunden hatte<sup>26</sup>.

Nach dem Besuch von Willi Daume, dem Vizepräsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, im April<sup>27</sup>, bei dem ein Sportaustausch zwischen beiden Staaten vereinbart wurde, besuchte Ende April zum zweiten Male eine Tischtennismannschaft aus China die Bundesrepublik, wo sie u. a. in München, Saarbrücken und Berlin antrat<sup>28</sup>.

Der Besuchs-austausch wurde durch eine Delegation von 19 führenden Managern der deutschen Wirtschaft am 21. Mai unter Führung von Bertold Beitz fortgesetzt, deren Ziel die Erkundung des chinesischen Marktes im Hinblick auf den Im- und Export war. Die Delegation wurde auch von Ministerpräsident Chou En-lai empfangen, eine Praxis, die sonst bei privatwirtschaftlichen Delegationen nicht die Regel ist. Die Resultate des Meinungs-austausches wurden wie folgt umrissen: China wünscht keine wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland und ist nicht bereit, ausländische Beteiligungen zu akzeptieren. Lieferverpflichtungen wie die Zahlung von Anlagen in Form von produzierten Erzeugnissen werden von China ebenfalls abgelehnt, Industrieanlagen sollen mit 20 bis 30 Prozent angezahlt, der Rest der Kaufsumme nach fünf Jahren eventuell in Raten beglichen werden. Sehr positiv reagierte man in Peking auf das Angebot, Studien-, Ausbildungs- und Forschungsplätze in der Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen<sup>29</sup>.

Ohne die Delegationen von oder nach China im einzelnen aufzuzählen, die sich vor allem aus Bereichen der Wirtschaft und Technik, aber auch der Presse zusammensetzten, sollen die Visiten der Bundesminister Eppler<sup>30</sup>, von Dohnany (der die Möglichkeiten für einen Studienaufenthalt junger Deutscher in Peking erörterte<sup>31</sup>) sowie der Besuch von Bundesminister Genscher im November 1973<sup>32</sup> genannt werden. Außerdem schlossen sich eine Reihe bundesdeutscher Politiker der Reisewelle nach China an, die jedoch hier nicht im einzelnen erwähnt werden sollen<sup>33</sup>.

Entsprechend dem grundsätzlichen Wandel in den Beziehungen Bonn-Peking änderte sich auch die Berichterstattung Chinas über die Bundesrepublik grundlegend. Seit der Verbesserung der Beziehungen im Sommer 1971 erschien nicht ein einziger negativer Artikel in den zahlreichen chinesischen Publikationen über die Bundesrepublik. Die frühere Polemik machte einer sachlich-korrekten Darstellung Platz. Daneben wurde aber ein weiterer Aspekt der deutsch-chinesischen Beziehungen deutlich, der in der antisowjetischen Ausrichtung der chinesischen Politik begründet liegt: In zahlreichen Artikeln stellt China die bundesdeutsche Sicherheits- und Außenpolitik so dar, daß sie auf die Stärkung der europäischen Integration, bei

<sup>25</sup> dpa 18. 6. 1973.

<sup>26</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 12. 4. 1973, Der Spiegel 16. 4. 1973.

<sup>27</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 5. 4. 1973.

<sup>28</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 24. 4. 1973.

<sup>29</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 29. 5., Neue Zürcher Zeitung 5. 6. 1973.

<sup>30</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 7. 7. 1973.

<sup>31</sup> Hsinhua 2. 11. 1973, Die Welt 13. 11. 1973.

<sup>32</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 22., 24. 11. 1973.

<sup>33</sup> Vgl. im einzelnen die vierteljährliche „Aktuelle Chronik“ in „Internationales Asienforum“; sowie die monatliche Berichterstattung in „China Aktuell“ (Hamburg).

gleichzeitiger Aufrechterhaltung der unbedingten Verteidigungsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion, ausgerichtet ist. Dabei werden sowohl Äußerungen von Finanzminister Schmidt zur Sicherheit Westeuropas<sup>34</sup> wie auch die Warnungen General Steinhoffs vor einer sowjetischen Rüstungsexpansion<sup>35</sup> oder durch Äußerungen von Verteidigungsminister Leber im Hinblick auf den Warschauer Pakt<sup>36</sup> wiedergegeben. Hierzu ist anzumerken, daß die Wiedergabe der Zitate an sich korrekt erfolgt, die Auswahl jedoch beim chinesischen Leser den (sicherlich unrichtigen) Schluß zuläßt, daß die Politik der Bundesregierung einseitig gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Verständlich wird diese Verhaltensweise erst vor dem bereits oben aufgezeigten Hintergrund der antisowjetischen Ausrichtung der chinesischen Politik, wozu die Unterstützung der europäischen Integration durch China ebenso gehört wie die Ablehnung der Europäischen Sicherheitskonferenz<sup>37</sup>. Ebenfalls in diesem Zusammenhang muß die an sich bemerkenswerte Tatsache gestellt werden, daß der chinesische Botschafter Wang Yü-tien seine Visitenkarte auch beim Regierenden Bürgermeister von Berlin einreichte. Zwar übermitteln nach diplomatischem Brauch alle Botschafter in Bonn nach ihrer Amtsübernahme den Ministerpräsidenten der Länder ihre Visitenkarte, doch distanzierte sich China damit deutlich von der Praxis der Sowjetunion, mit der gerade diese Frage zu einer ernsten Krise in den gegenseitigen Beziehungen führte<sup>38</sup>.

### Zusammenfassung und Ausblick

Die vorstehende Zusammenstellung veranschaulicht deutlich den raschen Fortgang in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Darstellung wäre jedoch nicht vollständig, würde man nicht auf die den Beziehungen zwischen Deutschland und China zugrunde liegenden Faktoren verweisen, die diese rasche und nach außen hin so problemlose Entwicklung erst möglich machten — ansonsten stellte sich in diesem Zusammenhang die Frage, wieso sich die Entwicklung erst 23 Jahre nach der Gründung der Volksrepublik China eingestellt hat.

Es ist hierbei vor allem auf zwei bestimmende Faktoren zu verweisen, auf deren Grundlage die Normalisierung zwischen Bonn und Peking erfolgte:

- Zum einen ist dies die Grundlinie der Außenpolitik Chinas überhaupt, die primär vom Verhältnis zur UdSSR bestimmt ist — sowohl im guten in der Zeit von 1949 bis Ende der fünfziger Jahre als auch im schlechten seither. Die Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik seit 1971 ist ebenfalls im Zusammenhang mit dem Konflikt Peking-Moskau zu sehen und wird nur im Rahmen der „neuen chinesischen Westpolitik“ seit 1969 verständlich.
- Zum anderen ist die chinesische Deutschlandpolitik als solche zugrunde zu legen, die mit obigem Punkt unmittelbar zusammenhängt, als sie für sich eine Funktion

<sup>34</sup> Hsinhua 4. 6. 1973.

<sup>35</sup> Hsinhua 9. 8. 1973.

<sup>36</sup> Hsinhua 18. 6. 1973.

<sup>37</sup> Vgl. u. a. Uwe G. Fabritzek: Europa im Wandel der chinesischen Außenpolitik. Politische Studien (München) Nr. 211 (September/Oktober) 1973, S. 485.

<sup>38</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 12. 7. 1973.

der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion darstellt. Aus dem Ablauf der Deutschlandpolitik Pekings ergibt sich eindeutig, daß zu Zeiten guter Beziehungen zwischen Moskau und Peking das Verhältnis zu Ost-Berlin ebenfalls ungetrübt war, was gleichzeitig ein schlechtes Verhältnis zur Bundesrepublik bedeutete. Seit Beginn des Konflikts Peking-Moskau ist das Verhältnis Chinas zur DDR gewissen Veränderungen unterworfen, die sowohl eine Unterstützung der DDR gegen Moskau aber auch den Versuch der Ausspielung der Bundesrepublik gegen die DDR und die Sowjetunion (Beispiel dafür sind die Botschaftergespräche in Bern zwischen Bonn und Peking) mit sich brachten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt räumt China dem Westen, den Beziehungen zu den sogenannten „kapitalistischen“ Staaten im Rahmen seiner Politik der Absicherung gegenüber dem Osten im Westen durch Beziehungen mit dem Westen Vorrang ein; unter diesen Aspekten erfolgte die Normalisierung zwischen Bonn und Peking.

Daraus wird nun zumindest eines deutlich — nämlich daß die Beziehungen zwischen Bonn und Peking so problemlos nicht sind, wie es die Entwicklung der letzten beiden Jahre erscheinen läßt. Vielmehr ist genau das Gegenteil der Fall: da die Deutschlandpolitik Pekings der letzten 24 Jahre nahezu ausschließlich als Funktion der Beziehungen Pekings zu Moskau anzusehen ist, muß davon ausgegangen werden, daß China keine eigenständige Deutschlandpolitik betreibt. Damit werden — und auch das hat die Vergangenheit gezeigt — die Beziehungen zu beiden deutschen Staaten stets von Ereignissen und Entwicklungen maßgeblich mitbestimmt, die außerhalb der deutsch-chinesischen Beziehungen liegen. Daraus erklärt sich nicht nur der bisherige Ablauf der Beziehungen zwischen Deutschland und China, gleichzeitig werden auch die relativ engen Möglichkeiten der künftigen Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen deutlich.

In die Praxis umgesetzt bedeutet dies, daß die weitere Entwicklung der Beziehungen zu China nur minimal von der Bundesrepublik beeinflusst werden kann — zumindest solange die Beziehungen zwischen Bonn und Peking kein „eigenständiges Element“ erhalten. Für eine produktive Kooperation zwischen Deutschland und China im Rahmen der beiderseitigen Interessen ist es deshalb notwendig, solche „eigenständige Elemente“ aufzubauen, wenn die Bundesrepublik nicht früher oder später „Opfer“ einer veränderten Interessenlage Pekings werden will.

Allerdings sind die Möglichkeiten dafür relativ gering. Wie die bisherige Entwicklung zeigte, reicht ein reiner Handelsaustausch, wie er seit 1949 mit steigendem Handelsvolumen geführt wird, nicht aus. Es scheint angebracht, nicht nur Waren auszutauschen, sondern auf diesem Gebiet tatsächlich zu kooperieren unter Einbeziehung größerer, auch für China interessanter Projekte. Dies bedingt eine Änderung unserer Außenhandelspolitik gegenüber Peking, was jedoch angesichts der flexiblen Handhabung gegenüber den sozialistischen Staaten in Osteuropa kein Problem darstellen dürfte.

Zum anderen muß im politischen Bereich ein eigenständiges Moment der deutsch-chinesischen Beziehungen hinzukommen. Peking betrachtet die Bundesrepublik nach wie vor als Objekt seines außenpolitischen Kalküls und hat dabei deutlich zu verstehen gegeben, daß es Bonn allenfalls im wenig schmeichelvollen Rahmen der Politik der USA betrachtet. Es wäre ebenso wünschenswert wie notwendig, auf eine stärkere Profilierung der bundesdeutschen Asienpolitik hinzuwirken, um so der ei-

